

Segnungen der freien Marktwirtschaft. Rede am 12. November 1948 im Badischen Landtag

(S. 2) Abgeordnete! Meine Damen und Herren!

Die Kommunistische Partei richtete am 23. Oktober an den Herrn Präsidenten Person durch einen offenen Brief das Ersuchen, den Landtag einzuberufen, damit er zu der sich wegen der Durchführung der Währungsreform und der Aufhebung der Waren- und Lebensmittelbewirtschaftung von Woche zu Woche für die breiten Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger verschlimmernden Lage Stellung beziehe und Abhilfe schaffe. Eine Beschlußfassung des Landtags erschien umso notwendiger, als die Regierung allem Anschein nach den Auswirkungen der sogenannten „freien Marktwirtschaft“ hilflos gegenübersteht und mit krampfhaft geschlossenen Augen darauf vertraut, daß das von den stürmischen Wellen der Erhard'schen Wirtschaftspolitik hin- und hergeworfene südbadische Beiboot schon irgendwie zwischen der Szylla der unerhörten Preissteigerungen für industrielle und Gebrauchsgüter und der Charybdis der niedrigen Löhne und Gehälter ohne allzu große Havarie hindurchkommen werde. Der direkte Anlaß, die Sitzung noch vor den Wahlen zu beantragen, war die Tatsache, daß die Versorgung mit Kartoffeln, Fleisch und Brot schon zwei Monate nach dem jetzt auf auch im Wahlauf Ruf der CDU so sehr begrüßten und als ihr Verdienst in Anspruch genommenen Durchbruch zur sozialen Marktwirtschaft, der das Ende der Reichsmarkinflation gebracht habe, völlig desorganisiert war.

In den Metzgerläden war im Monat Oktober überhaupt kein Fleisch zu haben. Die von der Regierung festgesetzten Preise für Kartoffeln wurden nicht eingehalten, die Kartoffeln wurden nicht ausgeliefert. Die Brotversorgung ist bedroht. Die Obstpreise sind für den Normalverdiener nachgerade unerschwinglich (S. 3) geworden. Das Obst ist zum großen Teil verschoben, und aus den Kreisen des Ernährungsministeriums selbst wurde auf die Gefahr einer Hungersnot im Frühjahr hingewiesen. Gründe genug, so sollte man meinen, die Regierung zu veranlassen, energische Maßnahmen zu ergreifen, um diese Zustände zu ändern. Der verantwortliche Minister aber wußte keinen Ausweg. Er konnte in seinem Aufruf an das badische Landvolk vom 30. September nur feststellen, daß die Lage katastrophal sei. Hören wir ihn selbst. Er sagt dort in einem der Kernsätze: „Wir stehen heute vor der Tatsache, daß zu regulären Preisen kein Schlachtvieh mehr aufzutreiben ist und daß damit die Versorgung der Bevölkerung selbst mit den bisher mäßigen Rationen nicht mehr gewährleistet werden kann. Was über die Fleischversorgung gesagt wurde“ – sagt er weiter unten –, „gilt in gleicher Weise für die Ablieferung von Brotgetreide. Die Zufuhren aus Übersee“ – sagt uns der Minister – „sind bis jetzt zu spärlich, als daß wir uns auf diese verlassen könnten.“ Die Zufuhren aus dem

vielgepriesenen Marshallplan stehen bezüglich der Versorgung mancherorts auf recht schwachen Füßen. Der Minister gab sich allerdings in dem gleichen Schreiben vom 30.9. noch der Hoffnung hin, sein Appell an das christliche Gewissen der Bauern und seine Mahnung an sie zum rechten Gebrauch der ihnen verliehenen Güter, der zu den Hauptpfeilern des christlichen Sittengesetzes gehöre, können die badischen Bauern veranlassen, Vieh und Getreide zu den gültigen, an den Preisen der Bedarfsgüter gemessenen, allerdings niedrigen Preisen freiwillig auf den Markt bringen und ihrer Ablieferungspflicht voll zu genügen. Die Bauern aber lieferten in der Erwartung der in der Bizone damals schon beschlossenen Preiserhöhungen auch für die Lebensmittel kein Vieh und kein Getreide an die Erfassungsstellen ab, sie verkauften es zu bedeutend höheren Preisen für den freien Markt. So kam es, daß für die Normalverbraucher kein Fleisch zur Verfügung stand, in fast allen Metzgereien aber zum Nachteil der verantwortlich handelnden Metzger schwarzgeschlachtetes Fleisch für 6 DM etwa das Pfund in Hülle und Fülle für die zu haben war, die Geld haben, und in den Gaststätten und Hotels auch ohne Fleischmarken so gut wie jedes gewünschte Fleischgericht serviert werden konnte.

Am 25. Oktober fand die Generalversammlung der oberbadischen Metzgereigenossenschaften in Radolfzell statt, auf der festgestellt wurde, daß die Fleischerfassung durch das Ministerium hundertprozentig versagt habe. Alle anwesenden Metzger waren sich einig, daß die Behörden nicht in der Lage seien, Vieh heranzuschaffen: „Von den anfallenden 90 Prozent Kälbern würden immer nur fünf Prozent den Metzgern zugewiesen, und man frage sich mit Recht, wo die restlichen 85 Prozent bleiben. Wenn die Fleischversorgung nicht in kürzester Zeit zusammenbrechen“ solle – so hieß es in dieser Versammlung –, seien „die Metzger gezwungen, sich selbst zu helfen, wenn nötig, auch gegen das Gesetz.“ Der Herr Minister Kirchgäßner stellte bei seinem Presseempfang nach unserem Verlangen, diese Landtagssitzung abzuhalten, vor einigen Tagen fest, daß im Monat der Schwarzhandel 80 to unkontrolliertes Fleisch auf den badischen Markt bringe. In Wirklichkeit wird diese Menge noch bedeutend höher sein, denn im Monat September wurden allein von dem für die Normalverbraucher bestimmten Fleisch beinahe 70 to nicht geliefert und im Oktober 118 to. Gelegentliche Kontrollen haben ergeben, daß in den Ställen unserer Bauern nichtangemeldetes Groß- und Kleinvieh steht, das für diese Schwarzschlachtungszwecke bestimmt ist und nicht für die Sicherstellung der Ernährung der Normalverbraucher in unserem Lande. So wurden am 1. September – um nur eines von vielen Beispielen anzuführen – in einer kleinen Ortschaft 153 Stück Vieh festgestellt, die nicht angemeldet waren. Der Herr Minister habe diese Kontrolle persönlich angeordnet, weil das Milchaufkommen dieser vorbildlichen Gemeinde nur 50 Prozent des Solls betrug. In Pfullendorf erhielten am 13. 10. fünf Metzger je ein Kalb von 200 Kilogramm, das Fleisch wurde bei einem Kirchweihmarkt markenfrei abgegeben. Auf Anfrage erklärte der Bürgermeister, der Landrat sowie Freiburg, also das Ministerium, hätten ihre Zustimmung dazu

gegeben. Inwieweit das der Wahrheit entspricht, wird uns ja der Herr Minister zu sagen vermögen. Immerhin ist es interessant, daß diese tausend Kilo Fleisch ausgerechnet für ein Kirchweihfest ohne Marken in einer Zeit ausgegeben wurden, da in den städtischen Metzgerläden kein Gramm Fleisch zu normalen Preisen zu erhalten war (Frau Abg. Seifried: CDU-Regierung!). Vor kurzem wurden aus unserem Nachbarstaat Württemberg 40 Kälber und 14 Stück Großvieh, die von der Militärregierung in Stetten am kalten Markt nicht abgenommen waren, verschoben. Die Normalverbraucher haben auch davon nichts gesehen. Es ist begreiflich, daß sich die Bauern auf diese Weise Einnahmen zu verschaffen suchen. Wir machen ihnen daraus gar keinen Vorwurf. Der Preis einer Kuh zum Beispiel, der regulär 184 bis 250 DM beträgt, im Schwarzhandel aber 500 bis 1.000 DM, ist ein besonderer Anreiz, verständlicherweise vor allem dann, wenn der Bauer für sein Schwarzhandelsgeschäft gegebenenfalls vom Herrn Minister mit 50 DM bestraft wird. In Oettingheim, wo die Passionsfestspiele stattfanden, wurden im Winterhalbjahr 1947/1948 70 Notschlachtungen genehmigt und 120 ausgeführt. In Altschweier bei Bühl wurden am 22. 10. bei einer Stichprobe 11 Mastschweine, fünf Läuferschweine und ein Rind, die nicht gemeldet waren, festgestellt. Es entbehrt nicht eines pikanten Beigeschmacks, wenn die Stadt Konstanz eine Metzgerabordnung mit einem Lastwagen nach Südwürttemberg schickte, die sieben Stück Großvieh, darunter einen ausrangierten Zuchtbullen, einkaufte, um auf diesem schwarzen Wege die Fleischversorgung zu sichern. Unglücklicherweise wurden diese amtlich bestätigten Schwarzhändler in Ravensburg von der südwürttembergischen Polizei geschnappt und der Lastwagen samt Vieh beschlagnahmt. Echt für Konstanz (Abg. Schneider: Wir haben den Wagen wieder! Gelächter). Hauptsache! Ist aber nicht so ganz lächerlich, sondern eigentlich sehr traurig, daß Sie den Wagen wieder haben.

Die Brotgetreideumlage für 1948 ist auf 22.600 to festgelegt, die Gerstenumlage auf 17.300 to. Der monatliche Getreidebedarf für unsere Bevölkerung in Südbaden beträgt sogar 10.000 to für die Brotherstellung, für Kochmehl, für die Teigwaren- und Nahrungsmittelausgabe. Eine totale Erfassung der eigenen Produktion in ganz Südbaden würde nur für etwa zwei Monate ausreichen. Aus der diesjährigen Ernte aber, meine Herren Abgeordneten, wurden bis zum 31. Oktober 1948 an Brotgetreide bisher abgeliefert 4.144 to und an Gerste 459 to an Stelle von 17.000 to. Die abgelieferte Menge reicht also nicht einmal aus für 14 Tage zur Sicherung des täglichen Brotes für unsere Bevölkerung. In der gleichen Zeit des vorigen Jahres wurden bis zum 31. 10. 1947 abgeliefert an Brotgetreide 11.473 to und 5.000 to Gerste. Bis zum 31. 10. mußten deshalb 7.020 to Mehl und 13.622 to Getreide für teure Dollardevisen eingeführt werden. Trotzdem konnten bis zum heutigen Tage die Zuteilungen an Kochmehl für die Monate September und Oktober in Höhe von 3068 to nicht an unsere Hausfrauen verteilt werden, nicht zu reden von dem Bedarf für den Monat **(S. 4)** November in Höhe von 1.534 to. Für den laufenden Monat November sind für die Brotausgabe 7.194 to Mehl notwendig, das bedeutet, daß für den

gesamten Bedarf einschließlich des nicht gelieferten Monats November 11.768 to Mehl gebraucht werden. Vorhanden aber für den Monat November sind jedoch als theoretisch errechneter Bestand 4.504 to Mehl und aus zugewiesenen Mehleinfuhren 2.121 to Mehl, zusammen also 6.625 to Mehl. Es fehlen demnach für die Versorgung im Monat November, um sie sicherzustellen, 5.171 to Mehl. Dieses Defizit für den laufenden Monat kann nur durch eigene Erfassung ausgeglichen werden, denn das vom Herrn Minister aus Übersee angekündigte Mehl wird nach seinen eigenen Ausführungen im günstigsten Falle erst für den Monat Dezember zur Verfügung stehen. Ich weiß nicht, woher der Herr Minister den Mut nimmt, zu behaupten, die Ernährung Badens sei unter diesen Umständen als gesichert zu betrachten. Es ist wohl nicht zu viel gesagt, daß die entsprechenden dicken Überschriften in den bürgerlichen Zeitungen über die Berichte der von ihm durchgeführten Pressekonferenz als ein Wahlmanöver der CDU anzusehen sind (Abg. Dichtel: Die machen *Sie* doch! Da sind Sie Meister drin.)

Ein besonderes Kapitel ist die Kartoffelversorgung unseres Landes. Bekanntlich hat das Ministerium den Kartoffelverkauf freigegeben in der Erwartung, daß die Landwirte zu dem von ihm am 9. Oktober festgesetzten Erzeugerpreis von 4 DM ab Hof Kartoffeln in ausreichender Menge auf den Markt bringen würden. Von dem Gesamtbedarf von 130.000 to sind bis heute von den badischen Landwirten nur 45.000 to abgeliefert worden. Kein Wunder, daß die knappen Kartoffellieferungen dazu geführt haben, daß im Einzelverkauf hier in Freiburg zum Beispiel für den Zentner Kartoffeln nicht, wie vom Ministerium festgesetzt, 5.80 DM bezahlt werden müssen, sondern 7.50 DM und mehr. Die Badische Regierung sieht sich außerstande, mit moralischen Mitteln und Mahnungen die Bauern zu einer ausreichenden Kartoffellanlieferung zu veranlassen. Die Hausfrauen mußten sich darum – ich benutze jetzt Worte des Herrn Ministers –, weil die Bauern keine Neigung zur Ablieferung zeigten, mit dem wesentlich teureren Angebot abfinden. Die Kartoffeln müssen aus Bayern eingeführt werden. Es liegt ein Abschluß von über 60.000 to vor, für die pro Zentner 6.85 und 7.- DM offiziell, in der Praxis aber ein noch höherer Preis bezahlt werden muß. Der Verbraucher muß also, wie die „*Badische Zeitung*“ sehr richtig in einem ausgezeichneten Artikel schreibt, die Folgen des offensichtlichen Versagens unserer Regierung bezahlen. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, daß nachweislich im Neckartal, in der Gegend von Mosbach und im Bauland, wo die Kartoffelernte dieses Jahr sehr gut war, den Bauern vom Großhandel 1.80 und 2.- DM bezahlt wurden. Es wäre immerhin anzunehmen, daß die nordbadischen Bauern bereit gewesen wären, den südbadischen Landsleuten, die durch die Unfähigkeit ihrer Regierung in so große Bedrängnis gekommen sind, genügend Kartoffeln bis nach Freiburg zu liefern zum Preise von 4 DM pro Zentner. Es ist bedauerlich, daß die ausgedehnten und ausgezeichneten großbadischen Beziehungen unseres verehrten Herrn Staatspräsidenten nicht ausgereicht haben zum Ausgleich in der badischen Kartoffelproduktion und zur Si-

herstellung dieses wichtigsten Nahrungsmittels unserer Bevölkerung zu erträglichen Preisen. Aus Bayern allerdings, woher nun die Kartoffeln kommen – sie kommen auch nicht aus dem zukünftigen Südweststaat –, hören wir, daß dort bereits Kohlfelder mitsamt dem Kraut umgepflügt und Kartoffeln vernichtet werden (Abg. Frau Seifried: Unerhört!), weil sie nicht abgesetzt werden können. Segnungen, meine Herren, der von Ihnen, von der CDU und der Demokratischen Partei, so sehr begrüßten und verteidigten „sozialen“ Marktwirtschaft. Die Regierung hat in ihrem Aufruf vom 1. November die Erwartung ausgesprochen – reichlich spät, Herr Präsident! –, daß durch die inzwischen erfolgte Angleichung an die Erhöhung der Preise in der Bizone eine befriedigende Aufbringung der wichtigsten Lebensmittel erreicht würde. Sie hoffte, daß die Versorgung der Bevölkerung jetzt wieder in geordnete Bahnen komme. Und der Badische Landwirtschaftliche Hauptverband hat vor wenigen Tagen durch seinen Präsidenten jetzt, nachdem die Preise erhöht wurden, die Landwirte ernstlich an die Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht ermahnt, wenn auch, wie Herr Schill feststellte, die neuen Preise durchaus nicht ausreichend sind.

Diese für die Landwirtschaft nicht ausreichenden Preiserhöhungen bedeuten allerdings für die Werktätigen in unserem Volke, die auf ihren Lohn und ihr Gehalt angewiesen sind, daß sie, wie wir nachher hören werden, nicht einmal die ihnen auf Marken zustehenden Lebensmittelmengen einkaufen können, wenn ihre Lebenshaltung nicht unter das Allernotwendigste heruntersinken soll. Trotz der Preiserhöhungen aber ist die Anlieferung von Fleisch, von Getreide, von Kartoffeln, von Obst nur wenig besser geworden. Die Bauern haben zu der D-Mark kein Vertrauen; in etlichen Versammlungen haben wir das festgestellt. Sie halten ihre Produkte zurück, um bei einer neuen Inflation nicht alles verloren zu haben. Diese Stimmung ist durchaus zu verstehen, wenn man aus offiziellen amerikanischen Verlautbarungen erfährt, daß die D-Mark im Ausland nicht etwa mit 30 Cents, sondern heute nur noch mit 6,6 Cents gehandelt wird und daß die D-Mark im offiziellen Verkehr in der Schweiz noch 21 Rappen wert ist, gelegentlich aber auch nur 13 Rappen dafür gezahlt werden. Die Obstpreise sind seit dem 11.10.1948 ebenfalls erhöht worden. Die Preis- und Qualitätsgruppe 2 wurde in die Gruppe 1 eingestuft, die offiziellen Preise für die besseren Apfelsorten sind dadurch von 36 DM für den Doppelzentner auf 54 erhöht worden. Billiges Obst ist auf dem Markt überhaupt nicht zu haben, da es im Großen und Ganzen zu Most und Marmelade verarbeitet wird. Die Kinder der Arbeiter und kleinen Angestellten werden darum kein Obst für den Winter bekommen können. Ihre Eltern können es nicht bezahlen. Die Bauern aber verkaufen das Obst auch zu den erhöhten Preisen nicht an ihre südbadischen Landsleute, sondern an auswärtige Händler, die ihnen für den Zentner das bezahlen, was die Sammelstellen für den Doppelzentner angesetzt haben. Besonders instruktiv ist die Tatsache, daß die vom Ministerium nach der Preiserhöhung angeordnete Erfassung von etwa 1.200 Tonnen Obst für die Krankenhäuser nicht auf-

zubringen ist und daß man nicht weiß, wo 350 Tonnen Obst hingekommen sind, die für die Militärregierung bestimmt waren, aber von ihr nicht abgenommen wurden, weil ihr das Obst zu teuer war. Nun, nach den uns zugekommenen zuverlässigen Berichten über das badische Obst – es wurde von berufsmäßigen Schiebern, die sich Großhändler nennen, nach der Bizone, vor allem nach dem Rheinland, verschoben – haben unsere Bauern trotz aller Aufrufe an ihr christliches Gewissen nichts dagegen einzuwenden. Das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung ist an dieser Entwicklung in erster Linie schuld. Es ist uns bekannt, daß von der zuständigen Stelle Blankotransportscheine und Blankoausfuhrgenehmigungen abgegeben wurden, so daß eine Kontrolle für die Ausfuhr überhaupt nicht möglich ist.

(S. 5) Ja, es wurde sogar Obst ohne jede Genehmigung transportiert. Im Kreise Überlingen zum Beispiel wurde ein Waggon Obst, der nach Bochum laufen sollte, beschlagnahmt, für den weder ein Transportschein noch eine Ausfuhrgenehmigung noch sonst etwas vorlag. Dieses Obst war unsortiert beim Erzeuger für durchschnittlich 30 bis 40 Pfennige gekauft worden. Es wird der werktätigen Bevölkerung in den Großstädten zum vier-, fünf-, sechs-, ja zum achtfachen Preis angeboten. Solche Großhändler verdienen an einer Ladung Obst von 10 Tonnen zum Beispiel auf diese Weise mindestens 5.000 DM. Es ist bezeichnend, daß, wenn solche Leute gefaßt werden, sie sich auf ihr gutes Recht berufen, so weit sind wir, auf die eingeführte freie Wirtschaft selbstverständlich und auf die Privatinitiative des sich selbst verantwortlichen Unternehmers. Kann ich mir denken! Nach uns zugegangenen Informationen aus München, aus Köln, aus Hamburg wurden dort Bühler Zwetschgen zu 0.80 DM bis 1.20 DM das Pfund verkauft und das Kernobst zwischen 0.60 DM und 1.30 DM pro Pfund.

Es ist begreiflich, daß sich das Landwirtschaftsministerium genötigt sah, neue Kontrollen einzusetzen. Bei einer Viehkontrolle im Kreis Stockach zum Beispiel aber, die Ende Oktober durchgeführt wurde – auf Veranlassung des Ministeriums, versteht sich –, ging ein verhetzter Bauer im Vertrauen darauf, daß nun ja die freie Marktwirtschaft gelte und keine Kontrollen mehr geduldet zu werden brauchen, mit der Mistgabel auf die vom Herrn Minister persönlich dorthin beorderten Kontrolleure los. Es ist uns bekannt, daß Bürgermeister aus Angst, bei den kommenden Wahlen nicht mehr gewählt zu werden (Oho! Hört, hört! Langsam!), allem Anschein nach nicht einmal die ihnen vom Ministerium mitgeteilten Ablieferungsquoten bekanntgeben oder zur Kontrolle im Rathaus anschlagen. In Gailingen im Landkreis Konstanz, wo ich vor kurzem gesprochen habe, kam es bei Kontrollen ebenfalls zu Zusammenstößen. Deutsche Gendarmen, die die Kontrolleure begleiteten, kamen mit den Bauern ins Handgemenge. Schöne Zustände. (Abg. Dichtel: Es waren CDU-Leute!) Traurig genug! Da haben Sie erfahren, was Ihre Regierung kann! Wir haben Verständnis dafür, daß der Herr Minister für Landwirtschaft und

Ernährung wegen dieses Widerstandes der Landwirte, auf die sich die CDU vor allen Dingen hier in Südbaden stützt, sich nicht durchzusetzen vermag. So hat er in dem angeführten Falle nicht etwa die 143 Stück nichtangemeldetes Vieh sofort beschlagnahmt und dem Verbraucher zugeführt, trotzdem es im Oktober kein Fleisch in den Läden gab. Bis auf den heutigen Tag hat er in dieser Angelegenheit keine Entscheidung getroffen (Zuruf: Weil es nur Ferkel waren!). Ich werde gleich sagen, was für Tiere es waren. Wir haben die Liste dieser Tiere. Angeordnete Strafen, die in keinem Verhältnis zu der Größe des Deliktes standen, wurden nur in den seltensten Fällen ausgesprochen, und teilweise wurden sogar bereits ausgesprochene Strafen vom Herrn Minister wieder rückgängig gemacht. Es ist einleuchtend, daß diese Praxis des Ministeriums und der Regierung jede Autorität des Staates untergräbt, ja, daß die Moral und die Ablieferungspflicht gerade dadurch unterhöhlt werden, weil die korrekt und pflichtbewußt arbeitenden Bauern, die ihrer Ablieferungspflicht aus Gewissensverantwortung trotz aller Schwierigkeiten nachkommen wollen, durch die Nachgiebigkeit der Regierung gegen die verantwortungslosen Landwirte für ihr korrektes Verhalten bestraft werden. Die Regierung bringt durch diese Methoden die von ihr mit den Kontrollen beauftragten Beamten, die, wie ich gehört habe, auch der CDU angehören, in eine sehr merkwürdige Lage. Sie macht aus diesen Beamten geradezu Prügelknaben, die für die Unfähigkeit ihrer Regierung, der Schwierigkeiten Herr zu werden, den Rücken hinhalten müssen. Wir führen diese Tatsache nur an, um festzustellen, wohin die von der CDU und den Demokraten geforderte „freie Wirtschaft“, für die werktätigen Bauern führt.

Diese beiden Parteien und mit ihr auch die SPD, die das ganze Experiment der Freigabe der Preise nur in einem etwas langsameren Tempo wünscht, gaben sich der Illusion hin, daß man trotz der Bewirtschaftungsaufhebung auf dem Sektor der Industrie- u. der Bedarfsgüter die wichtigsten Lebensmittel weiterhin bewirtschaften und die Lebensmittelpreise im Gegensatz zu den freien Preisen der Industrie als Höchst- oder Festpreise normieren könne. Als wir hier im Landtag bei der ersten Sitzung nach der Währungsreform darauf hinwiesen, daß das unmöglich sei und zu einer Ungerechtigkeit den Bauern gegenüber führen müsse, erklärten diese Parteien einmütig, vor allen Dingen die Sprecher der Regierungspartei, daß eine Freigabe der Erfassung und der Preise für die wichtigsten Lebensmittel überhaupt nicht in Frage komme. Gleichzeitig aber forderten sie die Aufhebung aller Kontrollen. Die Konsequenz ist die heutige Situation. Es ist genauso gekommen, wie es bei einer nüchternen Überlegung über die Wirkungen der freien Marktwirtschaft vorausszusehen war. Die in dem Gesetz zur Durchführung der Währungsreform eindeutig festgelegte Bestimmung, daß Preise und Löhne nicht verändert werden dürfen, wurde wenige Tage später durchbrochen. Die Preise stiegen unaufhaltsam, die Löhne aber blieben niedrig, so daß sich die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorkriegsstand schon Anfang Oktober um 51% erhöht haben. Für einigermaßen solide Lederschuhe müssen heute 45 DM bezahlt werden. Eine gewöhnliche Tasse kostet

1.80 DM, ein einfaches Gebrauchsservice 200.- DM, eine Schüssel 10 DM, ein Topf 12 DM, gefütterte Hausschuhe sind in Stuttgart für 48 DM im Schaufenster gestanden. Lederhandschuhe 43 DM, ein winziger Lederkoffer 225 DM, Damenhandtaschen für 100 DM und mehr im Durchschnitt sind keine Seltenheiten. Ein Wintermantel kostet 170 bis 200 DM, ein Anzug 150 bis 180 DM, eine Sportmütze 6 DM, eine Herrenunterhose 7 bis 10 DM, ein Oberhemd 15.50 bis 18 DM. Ein Stück Feinseife, früher 45 Pfennige, kostet heute 2.50 bis 4 DM (Abg. Dichtel: Können Sie bei uns bekommen für 65 Pfennige, so viel wie Sie wollen! Sie geben sich falschen Schätzungen hin!), ein Stück Kernseife, das früher 35 Pfennige kostete, kostet heute 1.35 DM, und ein Kilo Marmelade, das früher 64 Pfennig kostete, kostet heute 2.70 DM. Das sind Preise aus den Läden! Die Preise für industrielle Produktions- und Bedarfsgüter stiegen nach den offiziellen Statistiken, Herr Dichtel, um 200 bis 300%, natürlich auch für die Bauern, denn sie müssen ja auch leben, müssen ja auch Sachen kaufen. Wenn ein Bauer heute ein Pferd beschlagen lassen will, so muß er statt 7.20 DM 14 DM bezahlen. Ein Kilogramm Bindegarn, für das früher 51 Pfennige gezahlt wurden, kostet heute die Bauern 3.80 bis 4.80 DM. Für einen Ackerwagen, der früher 500 DM kostete, zahlt man heute 1.600 DM, für eine Dreschmaschine, für die man früher 2.200 Mark gezahlt hat, bezahlt man heute 4.00 DM, für eine Drillmaschine anstatt 365 DM jetzt 770 DM.

Die Arbeiter und Angestellten können also bei dieser Preissteigerung einfach nicht leben. Die Löhne der kleinen Arbeiter und Angestellten sind im besten Falle um 150% gestiegen. Ein angelernter Arbeiter mit der Zulage für zwei Kinder verdient heute, ich habe **(S. 6)** den Lohnzettel vorliegen, wenn es jemand bezweifeln sollte, brutto 166.32 DM, netto 149.96 im Monat, ein Facharbeiter mit zwei Kindern netto 159.77 DM, ein Betriebshandwerker 175.27 DM, ein Vorarbeiter 193.63 D-Mark. Ich habe hier einen Originallohnzettel eines zweiundvierzigjährigen fleißigen Arbeiters aus der Papierbranche, eines der höchstbezahlten Arbeiter dieses Betriebes in der Nähe von Rastatt, er hat 5 Kinder, das älteste ist 12 Jahre, und er verdient im Monat 202,76 DM brutto und 190.65 DM netto. Eine Zusammenstellung der Lebenshaltungskosten aber, die wir durchgeführt haben für einen Normalverbraucher im Monat Juli 1948, also vor der Preiserhöhung für Lebensmittel, ergibt für eine Familie mit zwei Kindern als Existenzminimum 245.59 DM. Das ist ein Beispiel aus unseren südbadischen Verhältnissen. Ein Beispiel aus der Bizone ergibt nach den dortigen statistischen Zusammenstellungen, daß der Durchschnittslohn eines Arbeiters 160 DM beträgt. Die Lebenshaltungskosten für eine fünfköpfige Familie aber betragen dort 245 DM. Für die kleinen und mittleren Angestellten ist das Verhältnis nicht viel anders. Es ist für einen vernünftigen Menschen, ganz gleichgültig, welcher Partei er angehört, ganz unbegreiflich, daß die CDU in einem Aufruf mit der Überschrift „Die CDU verdient das Vertrauen“ behauptet, jetzt müsse sich jeder bei der Wahl daran erinnern, daß die empfindliche Besserung der CDU-Wirtschaftsführung in den Westzonen nur ihr zu verdanken ist. Und den

Bauern geht es unter dieser glorreichen Führung der CDU, die eine Partei der Bauern sein will, nach dem Durchstoß zur verpflichtenden Marktwirtschaft, wie es in dem gleichen Aufruf heißt, nicht besser. Man kann, weiß Gott, nicht behaupten, wie Herr Dr. Pünder, der die CDU-Marktwirtschaft startete, am 27. 8. 1948 in der „*Allgemeinen Kölnischen Rundschau*“ schrieb, daß bei uns die Bauern eine außerordentliche Bereitschaft zeigten, gegen die neue D-Mark ihre Ware auf den Markt zu bringen. Das Gegenteil ist, wie wir gesehen haben, richtig. Die Bauern haben zwar keine Nahrungssorgen, aber sie können nach den jetzt erhöhten Preisen für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel, Maschinen und Kunstdünger ihre Höfe einfach nicht intakt halten, wenn sie ehrlich bleiben wollen.

Die industriellen Preise sind gegenüber 1938 auch für die Bauern um über 300% gestiegen. Die Agrarpreise jedoch nur auf 133%, so daß die Preiserhöhungen für die Landwirtschaft schon längst illusorisch wurden und nur dazu beigetragen haben, das Los der Lohn- und Gehaltsempfänger weiter zu erschweren. Der Weg aber, den die Bauern einschlagen, um sich in ihrer Lage selbst zu helfen, ist verhängnisvoll für unser Volk. Es ist verantwortungslos, wenn sie auch dazu gezwungen zu sein scheinen, in ihren Dörfern die sogenannte Selbsthilfe zu propagieren, und wenn sie davon sprechen, daß sie nur das Nötigste das nächste Mal anbauen werden, daß sie das Getreide zu 60 bis 80 DM den Zentner schwarz verkaufen, daß sie ihr Vieh nicht anmelden, wie wir vorhin gehört haben, um es teurer absetzen zu können, und daß sie für Eier und selbstgemachte Butter sowie Federvieh, das gelegentlich auch verkauft wird, Wucherpreise verlangen. Das ist kein Ausweg für die Bauern und für uns erst recht nicht, sondern ein Weg, der zur Katastrophe führen muß und zur Hungersnot. Die von der Regierung auch in ihrem Aufruf vom 1. November, den der Herr Staatspräsident unterschrieben hat, den Bauern angeordneten rücksichtslosen Kontrollen und Zwangsmaßnahmen, von denen übrigens auch der Landwirtschaftliche Hauptverband spricht, werden zu keinem Erfolg führen. Es ist nicht die Schuld der Bauern also, daß nicht genug Lebensmittel auf den Markt kommen und das wenige immer teurer wird. Die wirtschaftliche Anarchie und Destruktion ist eine direkte Folge der in Westdeutschland eingeführten freien Marktwirtschaft, eine direkte Auswirkung der kapitalistischen Rekonstruktion, die auf der Grundlage des Marshallplans über die Währungsreform zu den katastrophalen Zuständen in Westdeutschland geführt hat. Die gleichen Symptome, nämlich der wirtschaftliche Zerfall, die fast unerträglich gewordene Verschlimmerung der Lage für die werktätigen Massen und die Verschärfung der Ernährungsnot, zeigen sich auch in anderen Ländern. Der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bizone, Schlange-Schöningen, der nach einem Abkommen über die Vereinigung der französischen Zone mit dem sogenannten Vereinigten Wirtschaftsgebiet zur Trizone auch über die Ernährungswirtschaft der französischen Zone, auch über Baden bestimmen wird – ein entsprechender Vertrag liegt bereits beim Landwirtschaftsministerium vor, wie uns der Minister mitgeteilt

hat –, hat bekanntlich vor kurzem erklärt, daß die deutsche Bevölkerung bereits jetzt die für das Frühjahr vorgesehenen Lebensmittel aus eigener Produktion und aus der Einfuhr verzehre. Der Staatssekretär A. Sühler vom bayerischen Ernährungsministerium stellte am 2. November fest, daß die Vorräte, die für die Monate Januar, Februar, März und April vorgesehen seien, auf dem Schwarzen Markt längst verschwunden wären. Die hessische Staatsregierung gab im Anschluß an eine Kabinettsitzung Anfang November bekannt, Hessen sehe sich Ernährungsschwierigkeiten gegenüber, die das Land nicht zu lösen vermag. Für die Lage, so sagt nicht ein Kommunist, sondern die hessische Staatsregierung, sei die widerspruchsvolle Wirtschaftspolitik des Zweizonenverwaltungsrates verantwortlich. Der Referent des Landwirtschaftsministeriums Württemberg-Baden äußerte sich vor wenigen Tagen, daß eine einigermaßen ausreichende Ernährung der Bevölkerung im Dezember nur möglich sei, wenn die zugesagten Einfuhren pünktlichst eintreffen. Auf einer Bürgermeisterversammlung in Südwürttemberg wurde am letzten Sonntag festgestellt, daß die abgelieferten Getreidemengen noch für 14 Tage ausreichen, mehr als ein Drittel der neuen Ernte sei bereits auf dem Schwarzen Markt verschwunden. Die Kommunistische Partei hat nicht nur von Anfang an vor dieser Entwicklung gewarnt und gefordert, daß die elf deutschen Ministerpräsidenten der Einführung der unsozialen Währungsreform und der freien Marktwirtschaft mit aller Energie entgegentreten, sie hat immer und immer wieder auf den einzig gangbaren Weg hingewiesen, der sowohl für die Arbeiter und Angestellten als auch für die Bauern Hilfe und Existenzsicherung bedeutet. Meine Herren! Nur eine planmäßig gelenkte Wirtschaftspolitik für ganz Deutschland auf der Grundlage der Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum und einer durchgreifenden Bodenreform und ein sofortiges Ende der freien Marktwirtschaft können eine weitere katastrophale Entwicklung abwenden. Die industrielle Produktion muß in den Betrieben von den Betriebsräten kontrolliert werden, die Kalkulation der Preise muß überwacht werden. Es ist unmöglich, sowohl für die Hausfrauen wie für die Bauern, daß solche Preise festgesetzt werden. Nur so ist es möglich, die Preise zu senken auch für die für die Landwirtschaft notwendigen Güter:

Angleichung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise an die Industriepreise durch Herabsetzung der Höchstgewinne des Großhandels. Wenn ich Ihnen im Einzelnen sagen würde, was zum Beispiel der Großhandel (**S. 7**) am Obst verdient, würden Sie staunen, welche Summen auf diesem Gebiet verdient werden.

Das Recht der Bauern, ihre Waren direkt an den Klein- und Einzelhandel abzugeben.

Sofortige Lohnerhöhung zur Angleichung an die so festgelegten Preise der Industrie und der Landwirtschaft. Die Löhne müssen ausreichen, um den Familien der Arbeiter und Angestellten eine gesunde Existenz zu schaffen,

Bei Beginn des Wirtschaftsjahres ist für alle landwirtschaftlichen Produkte, gestaffelt nach Betriebsgröße und Bodengüte, ein Abgabesoll für die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe festzusetzen unter Mitbestimmung sachverständiger Ausschüsse. Was darüber hinaus produziert wird, ist absolut frei.

Überprüfung und Herabsetzung der Pachten. Heute müssen für einen Hektar Pachtland 120 bis 150 DM bezahlt werden. Keinerlei Belastung des klein- und mittelbäuerlichen Besitzes bei der Durchführung des Lastenausgleichs.

Geld-, Land- und Sachwertabgaben der Landwirtschaft für den Lastenausgleich müssen vom Großgrundbesitz getragen werden.

Korrektur der steuerlichen Gesetzgebung durch eine progressive Staffelung insbesondere der Grundvermögens- und Einkommenssteuer unter Berücksichtigung der Betriebsgröße und des Einheitswertes.

Langfristige Kredite an mittlere und kleine Bauern zu niedrigsten Zinssätzen.

Durchführung einer Landwirtschaftshilfe zur verbilligten Belieferung aller klein- und mittelbäuerlichen Betriebe mit Düngemitteln und Geräten. Diese Landwirtschaftshilfe muß durch eine Besteuerung der landwirtschaftlichen Großbetriebe von mehr als 100 ha und durch Heranziehung der industriellen Großbetriebe aufgebracht werden.

Wir wissen, daß diese von uns geforderte Lösung an drei Voraussetzungen geknüpft ist. Wir sind nicht so töricht, wie eben durch eine symbolische Handbewegung eines Abgeordneten angedeutet wurde, zu glauben, daß man das von heute auf morgen verwirklichen kann. Wir haben die Linie unserer Auffassung gezeigt. Ich wollte nicht nur Kritik üben, sondern zeigen, wie man das besser machen könnte (Abg. Dichtel: Im Westen allerdings!).

Wir wissen, daß diese von uns geforderte Lösung an drei Voraussetzungen geknüpft ist. Sie ist nur möglich,

1. wenn sie in ganz Deutschland durchgeführt wird,
2. wenn an Stelle der kapitalistischen Machthaber und ihrer Helfershelfer die Arbeiter und Bauern in Deutschland die politische Macht ausüben (Zuruf: Siehe Ostzone!),
3. wenn die Souveränität des deutschen Volkes wiederhergestellt ist, d. h. wenn wir einen Friedensvertrag haben und die Besatzungsbehörde nicht mehr über unser Schicksal bestimmt.

Es ist die Schuld der übrigen Parteien (Abg. Dichtel: Aller Parteien!), wenn wir diesem Ziel nicht schon sehr nahe sind. Wir behaupten solche Dinge nicht, wenn wir

sie nicht beweisen können. Sie haben die von den westlichen Besatzungsmächten beabsichtigte Abspaltung Westdeutschlands begrüßt. Sie haben die separate Währungsreform, von deren Wirkungen Sie jetzt abrücken und deren Durchführung Sie, wie die CDU, gleichzeitig als einen besonders wichtigen Schritt für sich in Anspruch nehmen, begrüßt. Sie haben der Wiedererstarkung der kapitalistischen und reaktionären Mächte in Westdeutschland Vorschub geleistet, mit Ihrer Politik (Hört, hört) und setzen ihre ganze Hoffnung auf die Hilfe des internationalen Kapitals unter Führung Amerikas, das aus Westeuropa und Westdeutschland eine Dollarkolonie zu machen sich anschickt.

Sie begrüßen, meine Herren, die militärische Aufrüstung einer Wehrmacht, an deren Spitze nach unwidersprochenen Nachrichten der Mann treten soll, dessen Name mit dem angeblichen friedlichen Wiederaufbau Europas verbunden ist, der amerikanische General Marshall.

Wir Kommunisten sind überzeugt, daß der Weg, den Sie, meine Herren, gehen, nicht ins Freie führt und keine Lösung der Probleme bedeutet, die unser Volk, wie Sie gesehen haben, täglich mehr bedrücken. Es ist töricht anzunehmen, daß diese Schwierigkeiten, wie die Demokratische Partei uns glauben machen möchte, daß diese Schwierigkeiten, die seit der Währungsreform und der Einführung der von Ihnen so geschätzten freien Marktwirtschaft sich immer mehr steigern und zur Empörung der werktätigen Massen in ganz Westdeutschland führen, nur vorübergehender Natur sind, wie Sie behaupten. In dieser Stunde streiken über vier Millionen Arbeiter und Angestellte – als Protest gegen diese Segnungen der freien Marktwirtschaft. (Abg. Dichtel: Im Osten dürfen sie nicht streiken!). Dort gibt es auch keine freie Marktwirtschaft. Diese Schwierigkeiten sind vielmehr ein Symptom dafür, daß das im Grauen des Hitlerkrieges zusammengebrochene faschistische System der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht wieder zu neuem Leben erweckt werden kann und von einer höheren Form des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens unseres Volkes und der Völker Europas abgelöst werden muß und der sozialistischen Ordnung, für die wir kämpfen. Wir sind überzeugt, daß die breiten Schichten unseres Volkes, die die ganze Last dieses sinnlosen Experiments zu tragen haben, sehr bald zu der Erkenntnis kommen, daß nur der von uns gezeigte Weg Hilfe und Rettung bedeutet, und daß sie sich entschlossen gegen jeden Versuch zur Wehr setzen werden, etwa in einem neuen, einem dritten Weltkrieg für die Interessen des dem Untergange geweihten Kapitalismus geopfert zu werden.

Abgeordnete! Wir haben nun ein Sofort-Maßnahmen-Programm bekanntzugeben, das jetzt verwirklicht werden kann. Entsprechend den vollzogenen strukturellen Änderungen haben wir folgende Aufforderung vorzuschlagen, die der Landtag an die Regierung übergeben möchte. Ich möchte fast glauben, daß alle Abgeordneten dieser Aufforderung an die Regierung zustimmen können. Ich will sie verlesen:

„Der Badische Landtag fordert die Regierung auf, zur Überwindung der nach der Währungsreform und der Aufhebung der Waren- und Lebensmittelbewirtschaftung eingetretenen Notstände folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Bis zur Verkündung und dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes, nach seiner beschleunigt herbeizuführenden Genehmigung durch die Militärregierung, ist eine Anordnung zu erlassen über die Kontrolle der industriellen Produktion und Kalkulation mit dem Ziel einer einschneidenden Herabsetzung der Preise. **(S. 8)**
2. Die vor kurzem erfolgten Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte sollen ausschließlich der Landwirtschaft zugutekommen. Die Versand- und Großhandelsspannen sind herabzusetzen und den Landwirten der direkte Verkauf an Einzelhandel und Verbraucher freizugeben.
3. Die Regierung muß von dem ihr übertragenen Recht der Regelung der Lohnfragen unverzüglich Gebrauch machen – sie hätte das schon längst machen müssen – und ein Tarifrechtsgesetz zur Aufhebung der Direktive Nr. 14 und damit des Lohnstopps verabschieden – Sie haben eben gehört, daß die Regierung es heute angekündigt hat –; die Löhne müssen den Lebenshaltungskosten angepaßt und entsprechend erhöht werden.
4. Für alle industriellen Bedarfsgüter und die wichtigsten Lebensmittel sind sofort amtliche Höchstpreise, vernünftige Höchstpreise, festzusetzen und öffentlich bekanntzugeben, und zwar immer wieder.
5. Der Preis für die Winterkartoffeln, der von der Regierung auf 5.80 DM für den Verbraucher festgesetzt wurde, darf nicht überschritten werden. Alle von der Regierung trotz ausreichender Vorräte in Baden verursachten Mehrkosten müssen vom Staat getragen werden (Abg. Dichtel: Bravo!).
6. Die Regierung soll dem Ältestenausschuß des Landtags bis zum 20. November dieses Jahres berichten, welche Maßnahmen zur Sicherung der durch das augenblickliche Mehldesizit bedrohten Brotversorgung für die Monate Dezember und Januar getroffen wurden.“

Meine Herren! Ich bin am Ende. Ich glaube, daß die mit vielen Einzelheiten untermauerten Ausführungen Ihnen doch zum Nachdenken Anlaß gegeben haben und daß es vielleicht besser gewesen wäre, wenn unsere Regierung schon früher, schon im September, sich mit Maßnahmen beschäftigt hätte, um die Auswirkungen der „freien sozialen Marktwirtschaft“ einzudämmen.

In: Verhandlungen des Badischen Landtages, 1. Wahlperiode. 2. Sitzungsperiode, 2. Sitzung vom 12. November 1948, S. 2-8.

